

BERND ROTHER (HG.)

# Willy Brandt

Neue Fragen, neue Erkenntnisse

WILLY-BRANDT-STUDIEN  
BAND 5



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0414-3

© der deutschsprachigen Ausgabe Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
© für alle übrigen Sprachen Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin  
Umschlag und Layoutkonzept: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg  
Umschlagbild: Bundesbildstelle, Ludwig Wegmann (18. Nov. 1983)  
Satz: Jens Marquardt, Bonn  
Druck und Verarbeitung: fgb – freiburger graphische betriebe  
GmbH & Co. KG, Freiburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2011

# INHALT

## VORWORT

*Karsten Brenner/Dieter Dowe/Klaus Schönhoven* 9

*Wolfgang Thierse*

Rede zur Eröffnung der Tagung 11

*Heinrich August Winkler*

Die »Berliner Ausgabe« 18

## I. DER WANDEL DES WILLY-BRANDT-BILDES

*Norbert Frei*

Annäherung durch Wandel.

Neun Beobachtungen über Willy Brandt im Blick der Deutschen 25

*Christoph Kleßmann*

Kalter Krieger oder nationaler Hoffnungsträger?

Offizielle Wahrnehmung und gesellschaftliche Wirkung

Willy Brandts in der DDR seit den sechziger Jahren 34

*Andreas Wilkens*

Der »andere Deutsche« im Blick von außen.

Zur Perzeption Willy Brandts zu seiner Zeit und in der

heutigen Erinnerungskultur 54

*Hélène Miard-Delacroix*

Kommentar und Zusammenfassung der Diskussion 85

## II. KOORDINATEN DER AUßEN- UND DEUTSCHLANDPOLITIK WILLY BRANDTS

*Eckart Conze*

Akzeptanz der Teilung oder Weg zur deutschen Einheit?

Motive, Ziele und Wirkungen der Ost- und Deutschlandpolitik

der sozialliberalen Koalition 99

*Wilfried Loth*

Abschied vom Nationalstaat?

Willy Brandt und die europäische Einigung 114

	<i>Wilfried von Bredow</i>	
	Wandel in Europa oder Status quo?	
	Deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Ost-West-Entspannung	135
	<i>Wolfgang Schmidt</i>	
	Kommentar und Zusammenfassung der Diskussion	157
III.	LEITBILDER UND HANDLUNGSFELDER DER INNEN- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK IN DER REGIERUNGSZEIT WILLY BRANDTS	
	<i>Axel Schildt</i>	
	Liberalisierung und Demokratisierung. Grundzüge der Reformpolitik 1966-1974	175
	<i>Gabriele Metzler</i>	
	Politik nach Plan?	
	Konzepte und Zielvorgaben für die Modernisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	189
	<i>Winfried Süß</i>	
	Sozialpolitik nach dem Wirtschaftswunder	207
	<i>Hans Günter Hockerts</i>	
	Kommentar und Zusammenfassung der Diskussion	219
IV.	STAATSMANN OHNE STAATSAMT - WILLY BRANDT NACH 1974	
	<i>Bernd Rother</i>	
	Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992	229
	<i>Wolfgang Schmidt</i>	
	Ein Modell für Global Governance? Die Vorschläge der Nord-Süd-Kommission 1977–1983	249
	<i>Bernd Faulenbach</i>	
	Vorrang für das Nationale? Willy Brandts Rolle im Prozess der deutschen und der europäischen Einigung 1989/90	270
	<i>Dieter Dowe</i>	
	Kommentar und Zusammenfassung der Diskussion	285

V. BIOGRAPHIE UND ZEITGESCHICHTE

*Martin Sabrow*

Biographie und Zeitgeschichte. Das Beispiel Willy Brandt 297

VI. ANHANG

Abkürzungsverzeichnis 317

Personenregister 321

Kurzbiographien der Autoren 333

Im Herbst 2009 konnte die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ihr bisher wichtigstes Forschungs- und Publikationsprojekt, die zehnbändige Edition »Willy Brandt – Berliner Ausgabe«, abschließen. Damit war ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg der Aufarbeitung des politischen Vermächtnisses des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers und langjährigen Vorsitzenden der SPD erreicht. Die Auswahl-edition seiner Schriften, Reden und Briefe soll als festes Fundament für die biografische Forschung über Willy Brandt dienen. Die Fertigstellung der Edition war daher der gegebene Anlass, eine Zwischenbilanz der Brandt-Forschung zu ziehen.

Auf Einladung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung debattierten am 18./19. März 2010 namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland über »Persönlichkeit und Politik: Deutungsmuster und Befunde der Willy-Brandt-Forschung«. Die Teilnehmer der Tagung präsentierten in ihren schriftlichen und mündlichen Beiträgen ein breites Spektrum an Forschungs- und Deutungsperspektiven, aus denen man sich dem Lebensweg Willy Brandts sowie den mit seinem politischen Wirken verbundenen Jahrzehnten in der deutschen und internationalen Geschichte annähern kann. Alle Beteiligten stimmten darin überein, dass diese Tagung eine besondere wissenschaftliche Herausforderung für sie war. Manche der Vorträge konnten auf umfangreiche Forschungen der letzten Jahre aufbauen, insbesondere die zu Brandts Deutschland- und Ostpolitik. Auf anderen Themenbereichen, die bisher eher unterbelichtet waren, wurden neue Akzente für die weitere Forschung gesetzt. Dies gilt beispielsweise für das sich wandelnde Brandt-Bild in der Öffentlichkeit, für sein dauerhaftes Engagement auf dem Wege zur Verwirklichung der europäischen Einigung sowie für sein Wirken als *elder statesman* auf der internationalen Bühne nach dem Rücktritt vom Amte des Bundeskanzlers im Jahre 1974. Auch über die Konstanz oder den Wandel seiner programmatischen Vorstellungen wurde lebhaft diskutiert.

Allen Mitwirkenden an dieser internationalen Expertentagung, den Referenten, den Sektionsleitern und den Diskussionsteilnehmern, sei hiermit noch einmal herzlich gedankt. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die zwölf Vorträge der vier Tagungssektionen. Sie werden er-

gänzt durch die Kommentare, zu denen die Stiftung in jeder Sektion renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen eingeladen hatte. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Schlussvortrag von Martin Sabrow über »Biographie und Zeitgeschichte – Das Beispiel Willy Brandt«.

Das vorliegende Buch soll nicht zuletzt die Diskussion darüber anregen, weshalb das politische Erbe Willy Brandts nicht nur bis heute aktuell ist, sondern auf Dauer von Bedeutung bleiben wird. Was war und was ist das Außergewöhnliche, das Überragende an den Leistungen dieses Staatsmannes, dessen wir uns auch in Zukunft erinnern werden?

Niemand wird bezweifeln, dass eine demokratische, offene Gesellschaft positive Traditionen und Vorbilder braucht, mit denen sie sich identifizieren kann. Dazu zählen auch Politiker wie Willy Brandt. Er ist eine der in der jüngeren deutschen Geschichte nicht gerade zahlreichen Persönlichkeiten, die demokratische Maßstäbe gesetzt haben.

Parteiübergreifend erkennt man heute seine großen politischen Leistungen an – seinen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, seinen Einsatz für die Freiheit Berlins, seine auf Frieden und Verständigung gerichtete Ost- und Deutschlandpolitik, seine Reformpolitik im Innern und nicht zuletzt sein Eintreten für einen Ausgleich zwischen den reichen und den armen Ländern dieser Welt.

Dass man die Einschätzungen und Entscheidungen, die Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin, als Außenminister und als Bundeskanzler und schließlich als Staatsmann ohne Staatsamt zu verantworten hatte, aus der Distanz des Historikers kritisch beleuchten und kontrovers beurteilen kann, wird in diesem Band ebenfalls deutlich. Seine bahnbrechenden Leistungen werden dadurch aber nicht in Frage gestellt.

Willy Brandt ist für eine wachsende Zahl von Menschen im In- und Ausland zu einer politischen Leitfigur geworden. An seinem Lebensweg kann man gerade jüngeren Menschen exemplarisch verdeutlichen, wie sehr die Demokratie auf das persönliche Engagement des Einzelnen angewiesen ist und auf seine Bereitschaft, sie aktiv mit zu gestalten. Dies dokumentieren die Beiträge zu diesem Tagungsband aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Karsten Brenner

Dieter Dowe

Klaus Schönhoven

Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Sehr geehrte Herausgeber der Berliner Ausgabe,  
meine sehr geehrten Damen und Herren Professoren und Doktoren,  
meine Damen und Herren!

Im Namen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüße ich Sie ganz herzlich zu unserer Historikerkonferenz, die dem Thema gewidmet ist »Persönlichkeit und Politik, Deutungsmuster und Befunde der Willy-Brandt-Forschung«. Für die Konferenz gibt es einen ganz besonderen Anlass, den wir mit Ihnen gemeinsam würdigen wollen, den Abschluss unserer zehnbändigen Edition »Willy Brandt. Berliner Ausgabe«.

Wie Sie wissen, aber ich will daran erinnern, wurde unsere Stiftung 1994 durch Bundesgesetz errichtet und eine ihrer vornehmsten Aufgabe war von Anbeginn die Förderung der Forschung zu Willy Brandt und seiner Zeit sowie die Mitwirkung bei der Auswertung des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Das Kuratorium unserer Stiftung ist personenidentisch mit dem Archivbeirat des Willy-Brandt-Archivs, eine Konstruktion, die sich in den zurückliegenden 15 Jahren bewährt hat.

Schon in der ersten Arbeitsphase unserer Stiftung wurde das Editionsprojekt Berliner Ausgabe auf den Weg gebracht, für das die renommierten Professoren Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler als Herausgeber gewonnen werden konnten. Das war 1997. Im September 2000 konnte Bundeskanzler Gerhard Schröder bereits die ersten beiden Bände unserer Ausgabe vorstellen, der letzte Band erschien vor fünf Monaten, im Oktober 2009. Damit konnte die Willy-Brandt-Ausgabe nach gut 12 Jahren abgeschlossen werden. Das ist ein beachtliches Ergebnis. Wer einmal, das gilt ja für Sie alle, einmal mit Editionen, Lexika oder anderen Reihen beruflich zu tun hatte, weiß, welche Arbeit, welches Engagement dafür erforderlich ist, und der weiß auch, wie häufig solche Mammutprojekte in eine Endlosschleife einmünden oder gar keinen Abschluss finden. Unsere Stiftung und der Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger in Bonn sind also dankbar für die zügige Fertigstellung der Berliner Ausgabe, zumal wir, wie die Rezensenten durchweg bestätigen, die selbst gesetzten editorischen Standards erfüllt haben.

Hinter allen Beteiligten liegt ein langer arbeitsreicher Weg. Willy Brandt nämlich zählt nicht zu den Politikern und Staatsmännern, die

nur Nachlasssplitter hinterlassen haben. 400 laufende Aktenmeter umfasst das Willy-Brandt-Archiv in Bonn. Von 1940 an, also dem Zeitpunkt seiner Flucht vor den deutschen Truppen von Norwegen nach Schweden, ist Willy Brandts politisches Leben fast lückenlos dokumentiert, aber auch über die Jahre davor, die Kindheit und Jugend in Lübeck sowie die Exilzeit in Oslo mit Reisen durch ganz Europa im Zuge des Widerstands gegen Hitlerdeutschland gibt es reichlich Material.

Aus diesem enormen Materialbestand eine Dokumentenauswahl zu treffen, Willy Brandts politisches Wirken auf ca. 5.000 Seiten in zehn Editionsbinden zu kondensieren, das bedeutet wahrlich eine Herausforderung. Die neun Bearbeiter haben über 1.000 Tage im Willy-Brandt-Archiv und in zahlreichen weiteren Archiven von Oslo bis Amsterdam, von Berlin bis Washington verbracht, eine Zahl, die den Arbeitsaufwand ein bisschen charakterisiert. Sie haben diese Arbeit auf sich genommen, um die wichtigsten, die aussagekräftigsten Dokumente zu ermitteln. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn stellte den Bearbeitern und Herausgebern ihre Infrastruktur zur Verfügung, was die Arbeit an diesem Projekt erheblich erleichterte. Dafür sind wir dieser Stiftung sehr dankbar. Bewährt haben sich auch unsere Workshops. In diesen tauschten die an der Edition beteiligten Historikerinnen und Historiker in regelmäßigen Abständen ihre Erfahrungen aus und Herausgeber und Bearbeiter standen in einem permanenten Kontakt. Auch die Vorstände der Stiftung informierten sich regelmäßig über den Fortgang des Projekts.

Die zehn Bände der Berliner Ausgabe haben, das lässt sich gut beobachten, nicht nur in Deutschland ein interessiertes Publikum gefunden. Die Auflage der Berliner Ausgabe und ihre Verkaufszahlen liegen durchaus deutlich über den Größenordnungen, die vergleichbare Editionen erreichen. Das haben uns Experten wiederholt bestätigt. Die Bände mit dem roten Schutzumschlag und dem blauen Leinenbezug gehören zur Grundausrüstung jeder einigermaßen guten historischen Bibliothek. In den Vereinigten Staaten ist die Berliner Ausgabe in rund 50 Bibliotheken verfügbar, darunter alle renommierten Universitäten.

Erfreulich viele persönliche, individuelle Leser nahmen die günstige Subskriptionsofferte des Dietz-Verlages in Anspruch. Es gehörte ja zu den erklärten Zielen unserer Edition, über das akademische Publikum hinaus eine breitere, an Geschichte und Zeitgeschehen interessierte Öffentlichkeit anzusprechen, und ich glaube, das ist gelungen. Gegen eine noch größere Verbreitung hätte ich natürlich nichts einzuwenden. Der Verlag und die Stiftung arbeiten daran, hoffentlich mit Erfolg.

Die Rezensenten stimmen darin überein, dass die zehn Bände sorg-

sam bis akribisch, wie zuletzt Hermann Rudolph gesagt hat, ediert wurden. Daran hat neben den Bearbeitern und den Herausgebern auch das Lektorat in der Geschäftsstelle der Stiftung einen erheblichen Anteil. Die Namen der Lektoren sollte man auch einmal nennen: In den ersten Jahren war es die Aufgabe von Carsten Tessmer, anschließend von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt. Sie haben an den mühsamen Korrektur- und Registerarbeiten mitgewirkt, und was dann noch an Fehlern übrig blieb oder sprachlich verbessert werden konnte, hat unser Lektor im Dietz-Verlag, Heiner Lindner, aufgespürt und korrigiert. Den Vieren will ich ausdrücklich danken.

Das älteste Dokument, das in der Berliner Ausgabe abgedruckt wurde, ist der Artikel »Die Roten Falken«, den der Lübecker Volksbote, die örtliche Tageszeitung der SPD, wenige Tage vor Herbert Frahms 15. Geburtstag veröffentlicht hat. Dieser Beitrag zeichnete ein lebendiges Bild der Arbeiterjugendbewegung, die in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf dem Höhepunkt ihrer Entfaltung und Wirkung angelangt war. Aus den Worten des 14jährigen Verfassers spricht Stolz auf die Aktivitäten der Arbeiterjugend, auf die Unabhängigkeit ihrer Organisation vom Einfluss der Erwachsenen. Wir lesen in dem Artikel von der roten Fackel, welche die Falken in die »schwarze Masse des Unverstands« hineinschleudern wollten, um dann »mit der roten Fahne in der Hand vorwärts zu stürmen auf dem Wege zur sozialistischen Republik«. Und weiter heißt es am Schluss: »Sicher habt ihr alle Lust, auch Rote Falken zu werden!« So endet dieser Beitrag. Man merkt doch, welcher jugendliche Elan dahintersteckt.

Das erste Dokument der Berliner Ausgabe ist Zeugnis einer Welt oder eines Milieus, das wenige Jahre später, 1933, von den Nationalsozialisten gewaltsam zerschlagen wurde und nach 1945 nicht mehr wiederauferstanden ist, des Milieus der klassenbewussten sozialistischen Arbeiterbewegung. Aber den Einfluss dieses Milieus heute noch zu kennen, ist durchaus wichtig, um die Einflüsse zu verstehen, die Willy Brandt geprägt haben, denn er hat ja seine Verbindung zu dieser Welt nie gekappt, nie verleugnet, allenfalls phasenweise an den Rand gedrängt, aber sich besonders in den 70er und 80er Jahren wieder deutlich bekannt zu dieser Herkunft.

Fast 64 Jahre später formulierte Willy Brandt das jüngste Dokument der Berliner Ausgabe, abgedruckt in Band 8, der sich der Nord-Süd-Kommission und der Sozialistischen Internationale widmet. Es ist sein Grußwort an den Kongress der Internationale, der im Berliner Reichstag zusammentrat. Brandt schloss das Redemanuskript am 14. September

1992 ab, aber es selbst vorzutragen, dazu war er schon zu schwach. Hans-Jochen Vogel brachte diesen Text den Delegierten zur Kenntnis. Die Menschen im Saal waren zutiefst berührt und noch heute berührt uns diese Rede. Einige Zitate daraus sind ja zu Aphorismen geworden und werden regelmäßig in der Stiftung der Geschäftsstelle nachgefragt. Man will das lesen. Aber wichtiger als der Wohlklang der Worte Willy Brandts ist ihr politischer Gehalt: Jede Zeit will eigene Antworten und um Gutes zu bewirken, muss man auf der Höhe der Zeit sein. Das ist eines der geflügelten Worte aus dieser Rede.

Nicht der Blick auf Deutschland allein, nicht der Blick auf Europa allein, sondern die globalen Probleme waren das zentrale Thema von Willy Brandts letzter öffentlicher Intervention, Frieden und Freiheit schaffen und bewahren, die Menschenrechte verteidigen, die Vereinten Nationen stärken. Das waren seine letzten Botschaften.

Die Probleme der Menschheit waren 1992 andere natürlich als 1928, aber die Werte, denen sich Willy Brandt verbunden fühlte, von denen er sich leiten ließ, haben sich in den 64 Jahren seines politischen Wirkens nicht wirklich geändert: Frieden, Freiheit, auch Freiheit von Not. Und die Verwirklichung der Menschenrechte. Willy Brandts Überzeugungskraft, sein leidenschaftliches Engagement für die sozialdemokratischen Ideen haben ihn in höchste Ämter gebracht. Die Themen, denen er sich als Politiker widmete oder widmen musste – nicht immer kann man sich ja als Politiker die Themen aussuchen – reichten von der Kommunalpolitik bis zur Bewältigung globaler Probleme. In seinem wechselvollen, an Erfahrungen reichen Leben hat Willy Brandt seine Position oft überprüfen und auch immer wieder einen Neubeginn wagen müssen, aber an seinen Grundhaltungen und Grundwerten hat er immer festgehalten. Der freiheitliche Sozialismus – für ihn synonym mit sozialer Demokratie – blieb stets sein weltanschauliches Fundament. Dass diese Haltung Auseinandersetzung, ja erbitterte Kämpfe darum, was denn freiheitlicher Sozialismus eigentlich bedeute und wer ihn rechtmäßig vertrete, nicht ausschloss, steht damit nicht in Widerspruch.

Meine Damen und Herren, unserer Tagung wird es nicht gelingen, den ganzen Brandt zu behandeln. Dazu hätten wir sicher mehrere Tage gebraucht. So gibt es zwangsläufig eine Reihe von Themen, die nicht Teil des Programms dieser Konferenz sind. Dazu gehören z. B. die Jahre Brandts in der Emigration oder sein Wirken in und für Berlin. Nicht, dass wir meinten, die Erfahrungen dieser Jahre hätten Brandt nicht geprägt oder seien von minderm Interesse für die Wissenschaft und Öffentlichkeit, aber es gibt hierzu bereits exzellente, allen Verästelungen

nachgehende Arbeiten. Ich denke z. B. an die Studien von Einhart Lorenz und Siegfried Heimann. Ein weiteres Thema, das wir zurückgestellt haben, wäre eine eigene Konferenz wert: Willy Brandts 23jähriges Wirken an der Spitze der SPD. Aus dem Werk von Professor Klaus Schönhoven über die Jahre 1966 bis 1969 haben wir bereits viel dazu erfahren, wir sind gespannt, was uns Professor Faulenbach in seinem demnächst erscheinenden Band über die SPD der sozial-liberalen Ära mitzuteilen hat. Die für unsere Konferenz gesetzten Themenschwerpunkte sind gut ausgewählt: der Wandel des Willy-Brandt-Bildes durch die Jahrzehnte, die Grundkoordinaten seiner Außenpolitik, die Leitbilder und Handlungsfelder seiner Innen- und Gesellschaftspolitik sowie seine Bedeutung als Staatsmann ohne Staatsamt.

Meine Damen und Herren, als wir vor über einem Jahr diese Konferenz planten, ahnten wir nicht, dass sie zusammenfallen würde mit einem kräftigen, gleichwohl erfreulichen Einschnitt in der nun über 15jährigen Geschichte unserer Stiftung. Wir sind umgezogen ins Zentrum Berlins, in die Mitte der Hauptstadt, an den Boulevard Unter den Linden, nur wenige Schritte vom Brandenburger Tor entfernt. Wir haben über diesen Umzug im Vorfeld heftig diskutiert. Schließlich ist das Rathaus Schöneberg ein wichtiger, ein authentischer Ort der politischen Biografie Willy Brandts. Er war dort zwei Jahre Präsident des Abgeordnetenhauses und neun Jahre als Regierender Bürgermeister tätig. Seit 1996 haben rund 200.000 Menschen unsere ständige Willy-Brandt-Ausstellung im Rathaus Schöneberg besucht. Der größte Anteil fiel zuletzt auf Besuchergruppen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Doch wir konnten nicht länger die Augen davor verschließen, dass die Zahlen immer weiter zurückgingen, schließlich bei rund 14.000 pro Jahr stagnierten, während zentraler gelegene Museen und Gedenkstätten erheblich größere Besucherströme anzogen.

Als wir vor eineinhalb Jahren den Beschluss fassten, unsere Dauerausstellung spätestens zum 100. Geburtstag Willy Brandts, 2013, grundlegend zu erneuern, kam die Frage auf, ob wir nicht einen anderen, einen zentraler gelegenen Ort dafür suchen sollten. Und dieser neue Standort ist tatsächlich gefunden worden, das Gebäude gehört dem Bund, liegt direkt gegenüber der Russischen Botschaft, in Sichtweite zum Brandenburger Tor. Das Brandenburger Tor war auch für Willy Brandt Symbol der deutschen Teilung wie der deutschen Einheit zugleich. Ich glaube, es würde Willy Brandt gut gefallen, dass wir jetzt in der Nähe dieses so hoch symbolischen Ortes einen Ort der Erinnerung an ihn haben.

Die Hoffnungen übrigens, die wir auf den Umzug setzten, wurden schon in den ersten Tagen von der Realität geradezu überflügelt. Am 4. März haben wir das Forum Willy Brandt Berlin, wie wir das jetzt nennen, mit der Sonderausstellung »40 Jahre Grundgesetz« eröffnet, und bereits am ersten Wochenende zählten wir in der Ausstellung mehr als 1.500 Besucher. Das sind so viele, wie in einem sehr gut besuchten Monat im Rathaus Schöneberg insgesamt. Dabei hat die touristische Saison ja noch gar nicht richtig begonnen.

Ich lade Sie ein, uns alsbald am neuen Stiftungssitz zu besuchen. Wir zeigen in den ersten zwei Jahren Übergangsphase eine Reihe sehenswerter Sonderausstellungen, jetzt eine zum Grundgesetz, und daneben auch eine kleine Präsentation zum Leben und Wirken Willy Brandts mit den schönsten Exponaten der Schöneberger Ausstellung. 2012 wollen wir eine neue, multimediale Dauerausstellung über Willy Brandt eröffnen, die sich mit unserem Angebot im Willy-Brandt-Haus Lübeck, das seit Dezember 2007 besteht, messen lassen kann. Wir haben ja da selber für uns Maßstäbe gesetzt.

Das Forum Unter den Linden soll mehr sein als ein Ausstellungsort, nämlich auch ein Ort des Gesprächs, wir wollen Vorträge und lebendige Diskussionen bieten. Die Bürger sollen im Herzen des Parlaments- und Regierungsviertels einen Eindruck davon bekommen, wie um gute Politik gerungen wurde und wird und wie Politik gemacht wird. Wir haben dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg und dem Rathaus, also dem Bürgermeister versprochen, ihm auch in Zukunft mit Veranstaltungen die Treue zu halten. Die Tagung heute und morgen wird nicht die letzte in diesem Hause sein.

Meine Damen und Herren, diese Tagung von Historikern und Politikwissenschaftlern, von denen ja viele auch Zeitzeugen der Brandtschen Politik sind, soll die Berliner Ausgabe öffentlich bekanntmachen, den Stand der Willy-Brandt-Forschung zusammenfassen und neue Untersuchungen anregen. Sie sollen uns aber auch kritische Rückmeldungen geben: Wie wird die Berliner Ausgabe von Fachleuten beurteilt? Kritische Beiträge sind ausdrücklich erwünscht, wo es um Willy Brandts politisches Wirken geht, wie um das politische Umfeld zu seiner Zeit. Willy Brandt gehörte wahrlich nicht zu den Politikern, die sich selbst überhöhten. Hagiografie passt weder zu ihm noch ist es unsere Absicht, solche zu betreiben. Und hinzu kommt etwas Selbstverständliches: Biografien sind stets voller kleinerer oder größerer Widersprüche. Gerade Willy Brandts Lebenslauf weist Brüche auf, wie die Zeiten, in denen er lebte. Kein Politiker betreibt nur erfolgreiche Politik. Politik bedarf

der ständigen Anpassung an veränderte Bedingungen, das wissen Sozialdemokraten wie Demokraten überhaupt nur allzu gut. Willy Brandts Ansehen, da bin ich mir sicher, wird im Zuge der historischen Auseinandersetzung mit seiner Persönlichkeit und seiner Politik nicht leiden, sondern eher zunehmen.

Ich danke allen Stiftungsmitarbeitern, die sich um die Vorbereitung dieser Tagung verdient gemacht haben, insbesondere Bernd Rother, der die Federführung inne hatte.

AKZEPTANZ DER TEILUNG ODER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT?  
MOTIVE, ZIELE UND WIRKUNGEN DER OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK  
DER SOZIALLIBERALEN KOALITION  
ECKART CONZE

I.

In die erfolgsgeschichtlichen Deutungen der Geschichte der »alten« Bundesrepublik, der »Bonner Republik«, lässt sich die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition mühelos einfügen. Adenauers Westintegration und Brandts Ostpolitik, vielleicht noch ergänzt durch die Politik des NATO-Doppelbeschlusses, schufen zusammen die Voraussetzungen, die 1989/90 die deutsche Einheit möglich werden ließen.<sup>1</sup> Und diese Perspektive bestimmt dann auch das historische Urteil über die Politik der Westintegration in den fünfziger Jahren oder die Ost- und Deutschlandpolitik der Jahre nach 1969.

Sicher, Geschichte wird immer von hinten geschrieben, immer aus der Retrospektive und mit dem »benefit of hindsight«. Um nicht missverstanden zu werden: Dies ist kein Plädoyer für einen Rückfall in die Zeitgeschichtsschreibung der achtziger Jahre, als die damals im vierten Jahrzehnt andauernde deutsche Teilung eine rein erfolgsgeschichtliche Deutung der Bundesrepublik und ihrer Geschichte doch erheblich erschwerte. Als 1987 der letzte Band einer großen und repräsentativen Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik erschien, die bis ins Jahr 1982 reichte, schrieb Joachim Fest, einer der Herausgeber des Werkes, in seinem abschließenden Essay mit spürbarem Unbehagen: »Was derzeit möglich ist, sind lediglich Ausblicke und Suchbilder. Niemand weiß, welchen Gang die Geschichte nehmen wird, und die konzeptionelle Ratlosigkeit ist hier wie dort groß.«<sup>2</sup>

- 1 Vgl. beispielsweise *Wolfrum, Edgar*: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, oder auch: *Hacke, Christian*: 60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik, in: *Schwarz, Hans-Peter* (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln u.a. 2008, S. 487-510. Zur Einbettung des NATO-Doppelbeschlusses in dieses erfolgsgeschichtliche Narrativ s. *Rödter, Andreas*: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1989, München 2004, S. 142-144.
- 2 *Fest, Joachim*: Die deutsche Frage. Das offene Dilemma, in: *Jäger, Wolfgang / Link, Werner*: Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5.2), Stuttgart/Mannheim 1987, S. 433-446, hier S. 446.

Kurze Zeit später war es mit der konzeptionellen Ratlosigkeit vorbei. Darstellungen der Geschichte der Bundesrepublik hatten nun ihren klaren Fluchtpunkt. Beinahe im Sinne einer »whig interpretation of history« wurde die Vergangenheit nunmehr als rein gegenwartsbezogene Fortschrittsgeschichte gedeutet.<sup>3</sup> Das war nicht nur analytisch bequem, es führte auch zu erfolgsgeschichtlichen Reduktionen von Komplexität. Die harmonisierende Integration von Westintegration und Ostpolitik ist nur ein Beispiel dafür. In einer solchen Verknüpfung werden nicht zuletzt die scharfen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, welche die fünfziger und die siebziger Jahre charakterisierten, und die politischen und ideellen Grundkonflikte, auf die sie verweisen, marginalisiert. Das aber birgt die Gefahr einer am Ende rein affirmativen Bestätigung von politischem Handeln nach dem Motto: »Die Geschichte hat ihnen Recht gegeben.« Politisch mag das genügen, für die Geschichtswissenschaft ist es unbefriedigend.<sup>4</sup>

Wie würden wir die Ostpolitik beurteilen, wenn es nicht zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung gekommen wäre? Wäre unser Urteil anders, wäre es kritischer? Timothy Garton Ash hat darauf hingewiesen, dass Erich Honecker 1986 zu dem Schluss gelangte, in der Bilanz seien die deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren der Stabilisierung des unreformierten Systems der DDR zugute gekommen. Prämissen der sowjetischen Führung aus dem Jahre 1970 hätten sich bestätigt: Die Ostpolitik habe die »internationale Autorität« der DDR erhöht und »die Lage in der DDR« gefestigt.<sup>5</sup>

Vier Jahre später fegte die Friedliche Revolution nicht nur Honecker hinweg und das Regime der SED, sondern innerhalb kürzester Zeit auch die DDR selbst. War das auch ein Ergebnis westlicher Politik? War es insbesondere ein Ergebnis, eine Wirkung der westlichen Entspannungspolitik und ihrer deutschen Ausformung: der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition? Sind nicht vielmehr die vorrangigen Gründe, die zum Ende des sowjetischen Imperiums führten und damit auch zum Ende der DDR und zur Wiedervereinigung, innerhalb der Sowjetunion selbst, aber auch innerhalb der Gesellschaften des Ostens, einschließlich der

3 Zur Problematik dieser Perspektive s. *Wirsching, Andreas*: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 695.

4 Als Versuch, dieser erfolgsgeschichtlichen Falle zu entgehen, vgl. *Conze, Eckart*: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

5 *Garton Ash, Timothy*: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Frankfurt a. M. 1995, S. 291.

DDR, zu finden? Noch einmal Timothy Garton Ash: »Der wichtigste Anteil des Westens war schlicht, dass er war, was er war [...]: der Westen. Verglichen damit blieb alles, was er an direkter Politik gegenüber dem Ostblock betrieb, von zweitrangiger Bedeutung.«<sup>6</sup>

Damit aber sind wir wieder am Ausgangspunkt angekommen: Beziehen wir die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition lediglich auf die Überwindung der deutschen Teilung und die Wiedervereinigung, geraten wir schnell in eine Aporie. Aber die Ostpolitik war eben nicht nur Politik für die Zukunft, sie war auch – so trivial dies klingen mag – Politik in ihrer historischen Gegenwart, in den sechziger und siebziger, aber auch noch in den achtziger Jahren. In diesen historischen Bezugsräumen wurde sie entwickelt, politisch umgesetzt, und in diesen historischen Bezugsräumen entfaltete sie ihre Wirkung, die nicht in ihrem Anteil an der Herbeiführung der deutschen Einheit in den Jahren 1989/90 aufgeht.

Die jüngere Forschung hat drei Hauptziele der Ostpolitik herausgearbeitet: Wandel, Sicherheit und Versöhnung.<sup>7</sup> Man wird diese Ziele auch der westdeutschen Außenpolitik insgesamt zuschreiben können, gerade auch der Westpolitik Adenauers nach 1949. Doch in einer sich seit den späten fünfziger Jahren verändernden weltpolitischen Konstellation – nukleares Patt, Doppelhegemonie der Supermächte, Enteuropäisierung der internationalen Politik – wurde es nun möglich und notwendig zugleich, diese Ziele – Wandel, Sicherheit und Versöhnung – auch auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn anzuwenden.<sup>8</sup> Das ist der Ausgangspunkt dieses Beitrags, und die drei Leitbegriffe beziehungsweise Zielsetzungen Wandel, Sicherheit und Versöhnung bestimmen auch seine Gliederung.

6 Ebd., S. 182.

7 *Niedhart, Gottfried / Bange, Oliver*: Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationalen Rahmenbedingungen 1969-1971, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415-448, hier S. 425. Zu Stand und Perspektiven der deutschen und der internationalen Forschung zur Ostpolitik s. den Forschungsbericht von *Bange, Oliver*: Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46 (2006), S. 713-736, sowie *Fischer, Frank*: Einleitung, in: *Brandt, Willy*: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, bearb. von *Frank Fischer*, Bonn 2005 (Berliner Ausgabe, Band 6), S. 15-39.

8 *Bange* 2006, S. 726.

## II.

Die Trias Versöhnung, Sicherheit und Wandel verweist zunächst darauf, dass die Ostpolitik zwar, wie immer wieder konstatiert, die westdeutsche Version der westlichen Entspannungspolitik war, dass sie aber insbesondere mit der amerikanischen, doch auch mit der britischen oder französischen Détente keineswegs identisch war. Die Politik der Entspannung wurde von verschiedenen Akteuren mit durchaus unterschiedlichen Zielsetzungen betrieben. Das Hauptmotiv der Supermächte – auch das der Sowjetunion – lag seit etwa 1960 in der Besitzstandswahrung und damit in der Stabilisierung des politischen und territorialen Status quo. Für die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, wie sie sich seit Beginn der Sechziger konzeptionell und in ersten Berliner Ansätzen auch praktisch entwickelte, war die Anerkennung des Status quo – und damit auch der DDR – ebenfalls ein wichtiges Ziel. Und doch blieb sie dabei nicht stehen. Es ging zunächst einmal um Veränderung, ja um Veränderungsdruck. Der Ausgangspunkt der sozialliberalen Ostpolitik Mitte der sechziger Jahre war doch gerade die Einsicht – die bis weit in die Unionsparteien hinein geteilt wurde –, »dass die Zeit der aktiven Wiedervereinigungspolitik vorbei sei«, wie es der Adenauer-Vertraute Heinrich Krone 1966 formulierte.<sup>9</sup> Und selbst der FDP-Vorsitzende Erich Mende, wahrlich kein Bef rworger der sozialliberalen Koalition und ihrer Ostpolitik, gab im gleichen Jahr zu: »Das Koordinatensystem der Deutschland- und Außenpolitik stimmt nicht mehr. Die Grundlagen der Bonner Konzeption müssen der neuen weltpolitischen Lage angepasst werden, damit die Bundesrepublik wieder handlungsfähig wird.«<sup>10</sup>

Anpassungsleistungen erbringen, um Handlungsfähigkeit zu bewahren beziehungsweise zu erlangen – die Entwicklung der Neuen Ostpolitik ist ein Musterbeispiel für dieses Grundmuster westdeutscher Außenpolitik.<sup>11</sup> Die Ostpolitik und ihre Konkretisierung in den Ostvertr gen waren nicht nur ein Beleg für eine eigenständige Politik der in den 20 Jahren seit ihrer Gründung politisch und wirtschaftlich erstarkten Bun-

9 Zit. nach: *Link, Werner*: Détente auf deutsch und Anpassung an Amerika. Die Bonner Ostpolitik, in: *Junker, Detlef* (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges (Band 2: 1968-1990), Stuttgart/München 2001, S. 56-65, hier S. 58.

10 »Wiedervereinigung – Schweigen Ehrensache«, in: *Der Spiegel*, 24. 10. 1966, S. 27 f.

11 So auch die Deutungsperspektive der Gesamtdarstellung von *Hafendorn, Helga*: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, München 2001.

desrepublik.<sup>12</sup> Sie schuf in gewisser Weise erst die Möglichkeit einer solchen Politik, die durchaus von nationalen Interessen geleitet war, der es aber gelang – und so urteilte Henry Kissinger zumindest in der Rückschau über Willy Brandt –, die Frage deutscher Interessen aufzuwerfen, sie jedoch mit dem gemeinsamen Interesse des Westens in Einklang zu bringen.<sup>13</sup> Oder, wie Wolfram Hanrieder es formuliert hat: Die Bundesrepublik verfolgte ihre im nationalen Sinne verstandene Ostpolitik als »vielfach vernetzte Ausgleichsmacht«.<sup>14</sup>

Ostpolitik war Interessenpolitik, und eines der ihr zugrunde liegenden Interessen war Transformation. Ostpolitik als Transformationspolitik – und hier liegt auch der Kern des Prinzips »Wandel durch Annäherung« – zielte, vorsichtig formuliert, auf die Möglichkeit von politischem Wandel in den kommunistischen Staaten, auf die Transformation, womöglich die Liberalisierung kommunistischer Herrschaft. Es ging in diesem Sinne nicht nur im deutsch-deutschen Verhältnis um menschliche Erleichterungen, verstanden als Versuch, den Menschen das Leben unter den Bedingungen der Diktatur erträglicher zu machen, das Ausmaß an Repression zu reduzieren. Von solchen »realistischen« Zielen muss man jene visionären Zielsetzungen, die sich mit der Ostpolitik auch verbanden, gerade bei Willy Brandt, klar trennen, und man darf, gerade mit Blick auf Brandt, nicht den Visionär gegen den Realisten ausspielen.<sup>15</sup>

Mit einer langfristigen Transformation kommunistischer Herrschaft als Vision seiner Ostpolitik verband sich bei Brandt stets auch die Grundorientierung seiner westeuropäischen Integrationspolitik. Ja man hat sogar Ostpolitik und westeuropäische Integrationspolitik als zwei gleichwertige Säulen eines übergreifenden Konzepts zur »Sozialdemokratisierung« Gesamteuropas charakterisiert.<sup>16</sup> In jedem Falle sind die Transformationsprozesse, die Brandt durch seine Politik gegenüber den östlichen Staaten zu unterstützen suchte, meines Erachtens als Entwicklungen im Sinne der Konvergenztheorie keineswegs zutreffend beschrie-

12 Vgl. *Link* 2001, S. 56.

13 Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hrsg.): *Remembering Willy Brandt*. Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2003 (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 10), S. 44.

14 *Hanrieder, Wolfram F.*: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, Paderborn 1995, S. 448.

15 So auch der überzeugende biographische Deutungsansatz von *Merseburger, Peter*: *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart 2002.

16 Vgl. dazu – unter Bezug auf zwei Konferenzbeiträge von Oliver Bange und Bernd Rother aus dem Jahr 2006 – *Bange* 2006, S. 713.

ben. Zwar gehören konvergenztheoretische Überlegungen zum Hintergrund der Entspannungspolitik,<sup>17</sup> aber gerade Brandt teilte nicht die Grundannahmen der Konvergenztheorie, die davon ausging, dass sich die zunächst unterschiedlich strukturierten Wirtschaftsordnungen der industrialisierten Länder in West und Ost im Laufe der Zeit auf Grund technischer und wirtschaftlicher Sachzwänge einander annähern, ja angleichen würden. Und vor allem übertrug er die auf wirtschaftliche Entwicklungen abzielende Konvergenztheorie nicht auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung. Transformation im Sinne von »Wandel durch Annäherung« strebte, so hat Richard v. Weizsäcker Brandt später gedeutet – und damit auch sich selbst historisch verortet – zunächst nach »systemöffnender Koexistenz«, um langfristig zu einer »Systemveränderung« des Ostens zu kommen. Schon 1963 sprach Brandt in Tützing von der »Transformation der anderen Seite«.<sup>18</sup>

### III.

In der Politik der sozialliberalen Koalition der Ära Brandt-Scheel gab es einen engen Zusammenhang von äußerer Entspannungspolitik und innerer Reformpolitik. Noch nach seinem Rücktritt 1974 war Brandt davon überzeugt, es gebe »kein Ziel [...], das sich ohne Entspannung fördern oder erreichen lässt«.<sup>19</sup> Das war nicht nur auf die internationale Politik bezogen. Vor allem in dem Leitbegriff der »Sicherheit«, den Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 bewusst nach innen und außen wandte, wurde deutlich, dass die neue Regierung einen inneren Zusammenhang zwischen ihrer Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik einerseits und ihrer Innen- und Gesellschaftspolitik andererseits herstellte.<sup>20</sup> Die Maxime, dass es dauerhafte Sicherheit nur durch Veränderung geben könne, galt für beide Politikbereiche, ja verband sie mit-

17 Vgl. beispielsweise die zeitgenössische Untersuchung von *Bredow, Wilfried v.*: Vom Antagonismus zur Konvergenz. Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt a. M. 1972.

18 Vgl. *Weizsäcker, Richard v.*: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 232; vgl. auch *Niedhart/Bange* 2004, S. 432.

19 So Willy Brandt 1976 im Bundestag. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 8. Wahlperiode, 17. 12. 1976.

20 Vgl. dazu auch *Fischer, Frank*: Von der Regierung der inneren Reformen zum Krisenmanagement. Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozialliberalen Ära 1969-1982, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 395-414.

einander.<sup>21</sup> Der Wille zu Bewegung und Veränderung auf allen Politikfeldern charakterisierte das Regierungsprogramm der Koalition. Stillstand und Beharrung, so die Botschaft, dienten den Interessen der Bundesrepublik nicht. Stillstand und Beharrung würden es den Westdeutschen nicht ermöglichen, »ein Volk der guten Nachbarn [... zu] werden im Inneren und nach außen«, wie bekanntlich der letzte Satz der Regierungserklärung von 1969 lautete.<sup>22</sup>

Das war keine rhetorische Floskel, sondern verknüpfte die innere und die äußere Reformagenda der Regierung Brandt. Hinter der Formel von der »guten Nachbarschaft« verbarg sich das gerade für Brandt politisch wie persönlich wichtige, ja ihn antreibende Interesse an Ausgleich und Versöhnung. Das hatte selbstverständlich eine historische Dimension. Brandt hatte schon die Bildung der Großen Koalition und seine Vizekanzlerschaft als Ausdruck der Versöhnung von Deutschen, die zwischen 1933 und 1945 ganz unterschiedliche biographische Wege gegangen waren, betrachtet. Und war nicht erst recht die Wahl eines immer wieder geschmähten Emigranten zum Bundeskanzler Ausdruck und Symbol einer Versöhnung der Deutschen, auch wenn die Anfeindungen nicht von einem Tag auf den anderen aufhörten?

Brandts Politik der Versöhnung sah in einer ausgestalteten sozialen Demokratie, in sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich die Voraussetzungen für inneren wie für äußeren Frieden. Nirgendwo artikuliert Brandt das klarer als in seiner Rede bei der Verleihung des Friedensnobelpreises 1971. Eine Gesellschaft, der es gelänge, ihre inneren, durch materielle Ungleichheit erzeugten Spannungen und Konflikte wenn auch nicht völlig zu überwinden, so doch zu entschärfen und damit die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Herrschaft zu erhöhen, eine solche Gesellschaft des Ausgleichs – wie sie schon das Godesberger Programm als Zielvorstellung entwickelt hatte – würde auch nach außen friedlich und verständigungsbereit sein. Und umgekehrt würde eine internationale Ordnung, geprägt durch wechselseitige Anerkennung, gute Beziehungen und den Primat des Friedens, die demokratische und soziale Ausgestaltung der Gesellschaften in ihrem Inneren befördern.<sup>23</sup>

21 Vgl. dazu *Conze* 2009, S. 388-390.

22 Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 28. 10. 1969, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 28. 10. 1969.

23 »Ostpolitik – Friedenspolitik in unserer Zeit«, Rede von Bundeskanzler Willy Brandt bei der Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1971, abgedruckt in: *Conze, Eckart/Metzler, Gabriele* (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen, Stuttgart 1999, S. 114-123.

Sicherheitspolitik – nach innen wie nach außen gerichtet – zielte auf Frieden. Sicherheit zielte darauf, das Kriegsrisiko zu verringern. Auch wenn man konzeptionelle Ursprünge insbesondere der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts und anderer deutscher Vertreter der Entspannungspolitik schon in den fünfziger Jahren erkennen kann und damit – gerade im Blick auf Brandt – die Erfahrung des Mauerbaus und der Entwicklung in Berlin in den Jahren unmittelbar nach 1961 relativiert,<sup>24</sup> kann doch kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die internationale, ja die globale Konstellation der Jahre um 1960, die Verschärfung des Ost-West-Konflikts in der Doppelkrise um Berlin und Kuba, die entscheidende politische Voraussetzung der Entspannung bildete. Entspannung wurde jetzt, so sah es die Kennedy-Administration und so sahen es auch die deutschen Advokaten der Détente, überlebensnotwendig, weil jede ost-westliche Krise und insbesondere jede Krise zwischen den Superm chten das Risiko eines nuklearen Krieges in sich barg und damit angesichts des nuklearen Patts und der interkontinentalen Reichweite der Kernwaffentr gersysteme das Risiko der wechselseitigen atomaren Vernichtung. In Berlin trafen diese globalen und globalstrategischen Entwicklungen auf eine lokale Situation mit erheblichem Risikopotential. Eine Krise in Berlin, ausgehend beispielsweise von der Sektorengrenze, konnte den Zündfunken für eine rasch eskalierende kriegerische Auseinandersetzung bilden. Daher galt es, die Situation in Berlin zu stabilisieren und zu entspannen. Und zugleich konnte man – das war das Kalkül von Brandt und seiner Mannschaft – diese Stabilisierung und Entspannung für menschliche Erleichterungen, schon früh in der Gestalt der Berliner Passierscheinabkommen, nutzen.

Der Ost-West-Konflikt ist damit nicht überwunden worden. Aber er hat in den sechziger Jahren einen anderen Aggregatzustand angenommen. Im Westen wie im Osten gab es ein gemeinsames Interesse, in den Ost-West-Beziehungen einen neuen Modus der Konfliktaustragung zu finden.<sup>25</sup> Das wurde in Berlin und in Brandts Umfeld vergleichsweise

24 Vgl. *Schmidt, Wolfgang*: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001; *ders.*: Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 521-563.

25 Dazu noch immer grundlegend *Link, Werner*: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. 1980, S. 224; vgl. auch *Conze, Eckart*: Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 269-282.

früh rezipiert, eben weil der Übergang von einem konfrontativen zu einem kooperativen Modus der Konfliktaustragung gerade für Berlin und die Berliner Bevölkerung ganz konkrete Gewinne beziehungsweise Verbesserungen versprach. Das sah aus Bonner Perspektive durchaus anders aus. In der Sicht der Bundesregierung entzog der Kern der Entspannungspolitik, die Akzeptanz des Status quo, der Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre ihre Grundlagen.

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik stand seit ihrer Gründung nicht nur unter dem Imperativ der »Sicherheit für Deutschland«, sondern eben auch unter dem Imperativ der »Sicherheit vor Deutschland«. Man könnte den Begriff des »double containment«, der »doppelten Eindämmung«, variieren und von »double security«, von »doppelter Sicherheit« sprechen.<sup>26</sup> Die Westintegrationspolitik der Ära Adenauer war von diesem doppelten Imperativ ebenso geprägt wie die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition seit 1969. »Sicherheit vor Deutschland« bedeutete vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre auch ein Interesse an der fortgesetzten und gesicherten Einbindung der beiden deutschen Staaten in ihre jeweiligen Bündnis- und Integrationssysteme, wie sie wohl am stärksten im KSZE-Prozess ihren Ausdruck und ihre internationale Bestätigung fand.

Weniger denn je konnte sich die Bundesrepublik seit Beginn der sechziger Jahre auf der internationalen, vor allem aber der europäischen Bühne als eine revisionistische Macht präsentieren. Sicher, die Präambel des Grundgesetzes verpflichtete jede Bundesregierung zu einer revisionistischen Politik, zu einer Politik, die danach streben musste, die Teilung Deutschlands zu überwinden. Aber dieser Revisionismus musste sich im Gleichklang mit der internationalen politischen Konstellation sowie mit der Politik des Westens und insbesondere der Vereinigten Staaten befinden. Das ließ schon seit den späten fünfziger Jahren für eine operative Wiedervereinigungspolitik keinen Raum mehr. »Ich muss eingestehen, dass ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen«, sagte Willy Brandt 1969 einer amerikanischen Zeitschrift.<sup>27</sup> Das spiegelte nicht nur den Pragmatismus der kleinen Schritte, jenen Pragmatismus

26 In Anlehnung an *Hanrieder* oder *Schwartz, Thomas A.*: Dual Containment. John J. McCloy, the American High Commission and European Integration 1949-1952, in: *Heller, Francis H./Gillingham, John R.* (Hrsg.): NATO. The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe, London 1992, S. 192-212.

27 Interview mit Willy Brandt, in: *US News and World Report*, 29. 12. 1969, zit. nach: *Garton Ash* 1995, S. 201.

im Interesse der Menschen. Eine operative Wiedervereinigungspolitik – wie auch immer man sie sich vorstellen mag – hätte bei den westlichen Verbündeten keine Zustimmung gefunden, und die Bundesrepublik hätte auf diese Weise die Erfolge ihrer Westintegrationspolitik aufs Spiel gesetzt, sie hätte sich isoliert, ohne unter den gegebenen Umständen dem Ziel der Wiedervereinigung auch nur einen Schritt näher kommen zu können.

Das war das moralische Dilemma der Ostpolitik seit 1969, wie es vielleicht am eindrucklichsten in jener Szene am Fenster des Erfurter Hofs 1970 zum Ausdruck kam: die »Willy«-»Willy«-Rufe in einer emotional hoch aufgeladenen Atmosphäre; der bis zum äußersten angespannte Bundeskanzler, der mit einer Bewegung seiner Hände um Zurückhaltung bittet; eine »beschwörend abwiegelnde Geste«, wie es Rudolf Augstein genannt hat.<sup>28</sup> »Ich war bewegt«, schrieb Brandt in seinen Erinnerungen, »doch ich hatte das Geschick dieser Menschen zu bedenken: Ich würde anderntags wieder in Bonn sein, sie nicht. ... So mahnte ich durch eine Bewegung meiner Hände zur Zurückhaltung. Man hat mich verstanden. Die Menge wurde stumm. Ich wandte mich schweren Herzens ab. Mancher meiner Mitarbeiter hatte Tränen in den Augen. Ich fürchtete, hier könnten Hoffnungen wach werden, die sich nicht würden erfüllen lassen. Das durfte nicht sein. So legte ich mir die notwendige Reserve auf.«<sup>29</sup> Charakterisierte das nicht die Haltung der Bundesregierung gegenüber den Menschen in der DDR bis ins Jahr 1989? Erst im Zusammenbruch der SED-Herrschaft wurde ein anderer Gestus möglich, mussten Emotionen nicht länger gezügelt, Hoffnungen nicht länger klein gehalten werden. Das Gegenbild zu Brandt in Erfurt 1970 ist Helmut Kohl vor der Dresdener Frauenkirche 19 Jahre später.<sup>30</sup>

#### IV.

So wie die Westintegrationspolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren auch Versöhnungspolitik gewesen war, am stärksten im deutsch-französischen Verhältnis, so wendete die sozialliberale Koalition diesen

28 *Der Spiegel*, 23. 3. 1970.

29 *Brandt, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 491.

30 Zu Kohls Dresden-Besuch und seiner Rede vor der Ruine der Frauenkirche am 19. 12. 1989 s. *Wirsching* 2006, S. 665 f., sowie *Rödler, Andreas: Deutschland einzig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009, S. 142-146.

außenpolitischen Imperativ der Versöhnung nun konsequent nach Osten, in Richtung Polen, in Richtung Tschechoslowakei, aber auch in Richtung Sowjetunion. Gerade als Versöhnungspolitik hatte die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition einen klaren Vergangenheitsbezug. In vielfacher Weise drehte sich die Ostpolitik um den Zweiten Weltkrieg, um den Nationalsozialismus und um die von Deutschen begangenen Verbrechen. Bei der Anerkennung der Nachkriegsrealitäten, des nach 1945 entstandenen territorialen Status quo, insbesondere der Westverschiebung Polens und der Oder-Neiße-Grenze, ging es immer auch um die Anerkennung deutscher Schuld. Das fiel in Richtung Osten deutlich schwerer als in Richtung Westen, weil Millionen von Deutschen nach 1945 im Osten ihre Heimat verloren hatten.

Versöhnung und Schuldanerkennung gegenüber Polen oder der Tschechoslowakei waren kein abstraktes, kein deklaratorisches Bekenntnis, sondern implizierten die millionenfache Akzeptanz von Heimatverlust. Vielleicht kann man es so formulieren: Die Bereitschaft zur Versöhnung war in der Bundesrepublik weit vorhanden und gleich verteilt. Die Bürde der Versöhnung indes, sie lastete schwerer auf jenen, für die die Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten eine ganz unmittelbare und individuelle Verzichtleistung bedeutete. Marion Gräfin Dönhoff brachte das auf den Punkt, als sie 1970 in der ZEIT ganz ausdrücklich dem Urteil Willy Brandts zustimmte, der Warschauer Vertrag gebe »nichts preis, was nicht längst verspielt worden sei«. Doch der Einladung des Bundeskanzlers, ihn zusammen mit Günter Grass und Siegfried Lenz auf die Reise nach Warschau zu begleiten, mochte sie nicht folgen.<sup>31</sup>

In seiner Präambel machte der Warschauer Vertrag den Rückbezug auf den Zweiten Weltkrieg explizit. Mehr als 25 Jahre seien seit Ende dieses Krieges vergangen, »dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schwerstes Leid gebracht hat«. Aus der Geschichte und aus dem nur wenig verbrämten Hinweis auf die deutsche Schuld an polnischem Leid und Millionen von Opfern erhielt der Vertrag seine wichtigste, seine moralische Begründung, für deren Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit Willy Brandt, der Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus, wie kaum ein anderer deutscher Spitzenpolitiker stand. Gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz betonte Brandt schon 1969, dass er zu den Gegnern Hitlers gehört habe. Aber, so fuhr er fort, »dies bedeutet nicht, dass ich vor irgendetwas davonlau-

31 Vgl. *Conze* 2009, S. 437 (dort auch das Zitat).

fen möchte, was die Geschichte meines Volkes betrifft und was das deutsch-polnische Verhältnis so unheilvoll belastet hat.«<sup>32</sup>

Der Bundeskanzler war sich freilich nur zu genau bewusst, dass der Warschauer Vertrag, wie später der Vertrag mit Prag, auch mit deutschem Leid verbunden war. Es war nicht, wie man ihm sogleich vorwarf, innenpolitisches Kalkül, wenn er in einer Fernsehansprache unterstrich, dass der Warschauer Vertrag nicht nachträglich die Vertreibung legitimieren sollte. »Uns schmerzt das Verlorene«, betonte Brandt, »und das leidgeprüfte polnische Volk wird unsere Schmerzen respektieren.«<sup>33</sup> Das polnische Leid war Brandt in Warschau genauso gegenwärtig wie das deutsche, das deutsche Unrecht genauso wie das polnische. Aber gerade diese Geschichte von Unrecht und Leid bewog den Bundeskanzler, wie er es formulierte, »den Blick in die Zukunft zu richten, die Kette des Unrechts zu brechen und die Moral als politische Kraft zu erkennen.«<sup>34</sup> Keine Geste konnte die Wahrhaftigkeit dieser Überzeugung besser zum Ausdruck bringen als Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl für den Aufstand im Warschauer Ghetto.<sup>35</sup>

Der moralische Gestus der Versöhnung wurde von weiten Teilen der Opposition scharf kritisiert. Die Regierung versuche die politische Problematik der Ostverträge durch Emotionen zu überdecken. Doch der Generalsekretär der CDU argumentierte, »Begriffe wie Versöhnung, Freundschaft und Vertrauen sind nicht für den politischen Verstand, sondern fürs Herz und fürs Gemüt gesprochen.«<sup>36</sup> Genau hier lag der Trugschluss. Im Gesamtkonzept der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und insbesondere für Willy Brandt waren Versöhnung und Vertrauen integrale Bestandteile deutscher Interessenpolitik. Als Versöhnungspolitik erkannte die Ostpolitik ausdrücklich »die Rolle von Trauma und

32 Zit. nach: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte (künftig: AAPD), 1969, bearb. von *Franz Eibl* und *Hubert Zimmermann*, München 2000, S. 1470 (Brandt an Cyrankiewicz, 25. 12. 1969).

33 Zit. nach: *Merseburger*, S. 614.

34 Zit. nach: ebd., S. 615.

35 Zum Echo auf Brandts Kniefall s. jetzt auch *Behrens, Alexander* (Hrsg.): »Durfte Brandt knien?« Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen, Bonn 2010; vgl. auch: *Kießling, Friedrich*: Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenrepräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus, in: *Paulmann, Johannes* (Hrsg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln u.a. 2005, S. 205-224.

36 Zit. nach: *Kießling*, S. 217.

Emotion auch in der internationalen Politik an«, schrieb später der Diplomat Tono Eitel, Anfang der siebziger Jahre einer der engsten politischen Berater von Egon Bahr.<sup>37</sup> Warum sollte für die Ostpolitik nicht gelten, was für die Westpolitik der fünfziger Jahre selbstverständlich war? Waren der Wille zur Versöhnung und der Wiedergewinn von Vertrauen nicht die entscheidenden Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufstieg und damit für die Möglichkeit einer interessenorientierten deutschen Politik? Einer Politik im Übrigen, die nach 1969 nicht nur in Richtung Osten neue Handlungsräume gewann, sondern auch in der europäischen und der transatlantischen Politik.

## V.

Vier Jahrzehnte nach den Ostverträgen ist die Zeit reif für eine nüchterne Bilanz der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, und zwar insbesondere in der dynamischen Phase der ersten Legislaturperiode zwischen 1969 und 1972. Doch diese Bilanz darf sich nicht erschöpfen in einer gleichsam teleologisch auf die Wiedervereinigung beschränkten Argumentation. Die Frage, ob und, wenn ja, welchen Beitrag die Ostpolitik zur Wiedervereinigung zwei Jahrzehnte später geleistet habe, sie ist falsch gestellt. Viel wichtiger ist es, nach intendierten und nicht intendierten Wirkungen der Ostpolitik in den Jahrzehnten vor 1989/90 zu fragen.

Dazu gehört die Einsicht, dass in dem neuen, dem kooperativen Modus der ost-westlichen Konfliktaustragung, dass in Détente und Deeskalation nicht automatisch die Überwindung des Konflikts angelegt war. In vielen Teilbereichen, gerade in den deutsch-deutschen Beziehungen, aber auch im deutsch-polnischen und im deutsch-sowjetischen Verhältnis, war die Entwicklung weiter konflikthaft und immer wieder von Krisen und Spannungen geprägt. Es führte kein gerader Weg von 1969 nach 1989. Immer wieder drohte der Rückfall in einen älteren Modus konfrontativer Konfliktaustragung. Und doch führte kein Weg zurück in den aggressiven Antagonismus der fünfziger Jahre. Dazu dürfte nicht zuletzt die Entwicklung belastbarer Kommunikationsstrukturen beigetragen haben. Die Vertrauensbildung durch Kommunikation, wie

37 Eitel schrieb seine rückschauende Einschätzung der Ostpolitik unter dem Pseudonym *Benno Zündorf*: Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR, München 1979, S. 111. Vgl. auch *Niedhart/Bange* 2004, S. 426.

es Gottfried Niedhart genannt hat, wirkte weit in die achtziger Jahre hinein. Auf allen Ebenen verdichteten sich die Ost-West-Beziehungen – und damit auch die deutsch-deutschen Beziehungen – weiter.<sup>38</sup>

Die Beziehungen entkrampften und entspannten sich. Aber normalisierten sie sich auch? Was meint Normalisierung? War das deutsch-deutsche Verhältnis, sagen wir in den Jahren um 1980, geprägt durch ein normales, ein gutnachbarliches Miteinander? Trug die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zur Delegitimation des SED-Regimes bei? In den achtziger Jahren kamen, wenn überhaupt, die entscheidenden Reformanstöße in den Staaten des Ostblocks nicht von außen, nicht aus dem Westen, sondern von innen. Und wie wirkte sich der Primat von Stabilität und Frieden, wie wirkten sich Kommunikation und Kooperation auf das Bild der kommunistischen Diktaturen im Westen aus? Trübte sich nicht zuweilen der Blick dafür, dass es sich bei östlichen Regimen um politische Systeme und um Machthaber handelte, die die Menschenrechte mit Füßen traten und ihre Bevölkerung brutal unterdrückten?

Die zeithistorische Forschung wird sich diesen Fragen offen und kritisch zuwenden müssen, wenn sie zu einem differenzierten und damit tragfähigen Urteil über die Ostpolitik – nicht nur der sozialliberalen Koalition – gelangen will. Der Fluchtpunkt der Wiedervereinigung reicht für eine solche bilanzierende Urteilsbildung nicht aus. Ob schließlich Konrad Adenauer oder Willy Brandt mehr zur Ermöglichung der Wiedervereinigung beigetragen habe, ist nicht nur eine ziemlich schlichte, sondern eine historisch ganz und gar unangemessene, ja eine ahistorische Frage. Viel weiter hingegen führt die Frage nach den Bedingungen westdeutscher Ost- und Deutschlandpolitik seit den fünfziger Jahren, nach den gesellschaftlichen Entwicklungen und Konstellationen, die über vier Jahrzehnte auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik einwirkten, die Frage auch nach den Rückwirkungen der Ost- und Deutschlandpolitik in die westdeutsche, aber auch in die ostdeutsche Gesellschaft hinein. Welche Ergebnisse erzeugte die westdeutsche Ostpolitik, wie wirkte sie – nicht 1990, sondern in ihrer Zeit? Welchen Preis hatte sie, und wer profitierte von ihr: die SED-Führung oder auch die Menschen in der DDR? Wer solche Fragen stellt, der wird in der Ost- und Deutschlandpolitik nicht nur der sozialliberalen Koalition,

38 *Niedhart, Gottfried*: Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt, in: *Hauswedell, Corinna* (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 99-114.

sondern weit darüber hinaus, kein ausgeforschtes Gebiet erkennen, sondern ein weit offenes Feld für die zeithistorische Forschung.